

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über das neue Transplantationsgesetz sowie über die Wahl und Vereidigung des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Neues Transplantationsgesetz
2. Wahl und Vereidigung des neuen Bundespräsidenten
3. Relevantes für Mannheim und die Region



Zeichnung: Rulle



1. Neues Transplantationsgesetz

Mit der ersten Lesung des von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz sowie eines Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes beginnen die parlamentarischen Beratungen über Regelungen, die eine Verbesserung der Informationen über die Organspende und damit die Erhöhung der Organspendebereitschaft zum Ziel haben.

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung belegt, dass gut informierte Menschen der Organspende insgesamt positiver gegenüberstehen. Hier setzt der Gesetzentwurf an, indem die Bürger in unserem Land künftig über die Organspende besser informiert werden. So soll jeder in die Lage versetzt werden, sich mit der Frage seiner eigenen Spendenbereitschaft ernsthaft auseinanderzusetzen. Zudem soll jeder ausdrücklich aufgefordert werden, freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben. Dabei wird die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen nicht eingeschränkt.

Mit dem Gesetzentwurf konkretisieren wir die allgemeinen Aufklärungspflichten im Transplantationsgesetz. So sollen die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen in einem ersten Schritt dazu verpflichtet werden, ihren Versicherten geeignetes Informationsmaterial zur Organspende zur Verfügung zu stellen. Auch sollen sie im Zusammenhang mit der Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte oder mit der Beitragsmitteilung einen Organspendeausweis bereitstellen, auf dem man seine Entscheidung bezüglich der Organspendebereitschaft dokumentieren kann. Erstmals werden hierzu alle Bürger im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes angeschrieben.

Solange eine Speicherung der Organspendenerklärung auf der Gesundheitskarte noch nicht möglich ist, werden die Versicherten in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren informiert und zur Abgabe einer Erklärung aufgefordert. Nach der Aufforderung im Jahre 2017 geschieht dies noch alle fünf Jahre. Ferner werden Bund und Länder verpflichtet, bei der Ausgabe von amtlichen



Ausweisdokumenten wie Pass, Personalausweis oder Führerschein geeignetes Aufklärungsmaterial zur Organspende sowie einen Organspendeausweis zur Verfügung zu stellen.

2. Wahl und Vereidigung des neuen Bundespräsidenten

Die Bundesversammlung hat am Sonntag mit überwältigender Mehrheit Joachim Gauck zum elften deutschen Bundespräsidenten gewählt. Es war das 15. Mal seit 1949, dass dieses Gremium zusammentrat. Ich gratuliere Joachim Gauck zu seiner Wahl und wünsche ihm alles Gute für seine Amtszeit. Wir haben mit ihm einen überzeugten Verfechter unserer freiheitlichen Demokratie gefunden.

Gauck erhielt 991 von 1228 gültigen Stimmen, das entspricht knapp 80 Prozent der Stimmen. Für seine Gegenkandidatin Beate Klarsfeld votierten 126 Delegierte. Der Kandidat der rechtsextremen NPD, der revisionistische Historiker Olaf Rose, erhielt drei Stimmen. 108 Delegierte der Bundesversammlung enthielten sich.

"Was für ein schöner Sonntag!", sagte Gauck gleich zu Beginn seiner kurzen Rede nach Bekanntgabe des Wahlausgangs. Er erinnerte außerdem an die einzigen freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990. "Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen." Er habe sich damals gesagt: "Ich werde niemals eine Wahl versäumen."

Er habe damals aber auch gespürt, dass aus dem Glück der Befreiung die Pflicht, aber auch das Glück der Verantwortung erwachsen müsse, sagte Gauck weiter. Erst dann könne Freiheit in der Tiefe entstehen. Ohne die Praxis der Verantwortung könne er sich Deutschland nicht vorstellen.

Gleichzeitig warnte er vor allzu großen Hoffnungen, die offenbar in seine Person als Staatsoberhaupt gesetzt werden. "Ich werde nicht alle Erwartungen erfüllen können", sagte Gauck. Er stehe aber mit allem, was ihm zur Verfügung stehe, zur Verantwortung, die ihm an diesem Tag übertragen wurde. Dazu gehöre auch, dass er sich neu auf Themen und Personen einlassen müsse.

Bundespräsident Joachim Gauck wurde am Freitag, in einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes in Berlin vereidigt



3. Relevantes für Mannheim und die Region

Deutscher Engagementpreis 2012

Ich mache auf den Deutschen Engagementpreis 2012 aufmerksam. Mit dem Schwerpunkt „Engagement vor Ort“ sollen Menschen, gemeinnützige Organisationen, Förderer in Politik und Verwaltung sowie Unternehmen ausgezeichnet werden, die sich in besonderer Weise freiwillig engagieren. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, geeignete Kandidaten zu nominieren. „Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement sind Qualitäten, die eine Gemeinschaft zusammenhalten. Gerade weil sie heute keine Selbstverständlichkeiten mehr darstellen, ist es von hoher Bedeutung, Engagierte mit diesem Preis zu ehren und ihnen somit für ihre freiwilligen Dienste zu danken.“ Die Nominierungen der Kandidaten für den Deutschen Engagementpreis 2012 sollen bis zum 31. Mai schriftlich oder auf der Internetseite www.deutscherengagementpreis.de erfolgen. Weitere Informationen sind auch über mein Büro (Tel. 030-227-72291) erhältlich.

Ausbildungsförderung für schwache Schüler

Ich begrüße die Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die Haupt- und Realschulen des Landes Baden-Württembergs mit dem Kompetenzfeststellungsverfahren „Profil AG an Schulen“ weiter zu unterstützen.

Das Bundesbildungsministerium stellt für die Weiterentwicklung des in Baden-Württemberg eingesetzten Kompetenzfeststellungsverfahrens „Profil AG an Schulen“ rund eine Millionen Euro zur Verfügung. Das Programm ist speziell für Realschulen gedacht, da Schüler dieser Schulform immer noch Probleme bei einem unmittelbaren Einstieg in eine Berufsausbildung aufzeigen. Auch wenn die Lage am Ausbildungsmarkt für Jugendliche derzeit so gut wie lange nicht mehr ist, schaffen es viele junge Menschen immer noch nicht, direkt von der Realschule in eine Berufsausbildung zu gehen. Mit dem Programm ‚Profil AG an Schulen‘ wird eine fundierte und ganzheitliche Bildungswege- und



Berufsentscheidung der Jugendlichen ermöglicht. Auch der Übergang für diese Schülergruppe von Schulen in die duale Ausbildung wird dadurch optimiert.

Im Zusammenhang mit der Initiative haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das baden-württembergischen Kultusministerium eine Vereinbarung unterzeichnet. Sie sieht die Absicherung der nachhaltigen Verankerung der Bildungskettenidee und die dauerhafte Einführung des Instruments der Potenzialanalyse an den Realschulen im Land Baden-Württemberg ab dem Schuljahr 2014/15 vor.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de